



DIE POSAUNE

Biden-Regierung kündigt Plan zur Abschaffung von Gasautos an

-
- [22.03.2024](#)

Die Regierung Biden kündigte am 20. März ihren Plan an, bis 2032 einen Großteil der gasbetriebenen Fahrzeuge aus dem Verkehr zu ziehen. Der Administrator der Environmental Protection Agency (EPA), Michael S. Regan, bezeichnete die neuen Regeln als den „stärksten Standard für umweltfreundliche Fahrzeuge, der jemals in der Geschichte der Vereinigten Staaten verabschiedet wurde.“

Die Pläne, die 2027 in Kraft treten sollen, verlangen von den Autoherstellern, die Emissionen zu senken und den Verkauf von Elektrofahrzeugen (EVs) zu erhöhen, damit diese bis 2032 56 Prozent der neuen Verkäufe ausmachen. Unternehmen, die diese Vorgaben erfüllen, erhalten steuerliche Anreize.

Geringe Nachfrage: Autohäuser im ganzen Land sagen, dass die neuen Ziele nicht der Nachfrage nach Elektrofahrzeugen entsprechen.

Die endgültige Regelung der EPA bleibt zu aggressiv und ist der Nachfrage der Verbraucher weit voraus. Aufgrund unserer täglichen Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Verbrauchern sind wir sehr skeptisch, dass die Verbraucher E-Fahrzeuge auch nur annähernd in dem erforderlichen Umfang annehmen werden. Die Ladeinfrastruktur ist noch nicht fertig, die derzeitigen Anreize reichen nicht aus und die hohen Preise für Elektroautos werden Millionen von Verbrauchern, insbesondere Amerikaner mit niedrigem Einkommen, vom Neuwagenmarkt ausschließen.

– Mike Stanton, Geschäftsführer der National Automobile Dealers Assoc.

Einige Staaten wie Kalifornien und der District of Columbia planen jedoch, bis 2035 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge zu verkaufen.

Die neuen Pläne der Regierung Biden sehen zwar kein Verbot von gasbetriebenen Fahrzeugen vor, aber die Hersteller müssen zumindest „technologieneutral“ werden, um die Emissionsstandards zu erfüllen. Das bedeutet, dass sie mehr Hybridfahrzeuge verkaufen oder die Effizienz von Benzinmotoren verbessern müssen.

Klimakontrolle: In „Worum es beim Pariser Klimaabkommen wirklich geht“, schrieb *Posaune*-Chefredakteur Gerald Flurry, dass es bei den staatlichen Klimaregelungen nicht um den Schutz der Umwelt geht, sondern darum, die Kontrolle über die Menschen zu übernehmen:

Diese „Umweltschützer“ reden wie die wissenschaftliche Gemeinschaft, die einhellig darin übereinstimmt, dass eine Verringerung der Kohlendioxidemissionen die einzige Lösung ist und wenn wir nicht sofort Gegenmaßnahmen ergreifen, dann ist der Planet verloren. In Wirklichkeit sind sich die Wissenschaftler in diesem Punkt durchaus nicht einig (Lesen Sie den Artikel „Greenhouse Apocalypse“ [„Weltuntergang durch Treibhauseffekt“]). Tatsächlich gibt es genügend Beispiele für wissenschaftliche Betrügereien, die angeblich den vom Menschen verursachten Klimawandel beweisen.

Warum sollten die Wissenschaftler in diesem Punkt die Menschen betrügen? Nun, wenn Sie sehen, wer wirklich dahintersteckt, werden Sie verstehen, dass hier das eigentliche Problem die Kontrolle ist.

Umweltvorschriften geben den Bürokraten bedeutend mehr Macht. Die Regierungen, die am meisten dafür sind, den Klimawandel zu bekämpfen, sind die Sozialisten – marxistisch orientierte Regierungen, die alles kontrollieren möchten.